



An dem Ortstermin der SPD-Kreistagsfraktion in der Haupt- und Realschule Harpstedt mit Rektor Wolfgang Bleyer (8.v.l.) und Elternvertretern nahmen unter anderem auch die beiden SPD-Landtagsabgeordneten Renate Geuter (5.v.l.) und Axel Brammer (5.v.r.) sowie Samtgemeindebürgermeister Uwe Cordes (3.v.r.) teil. Thema war die Forderung nach Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule (IGS). Foto: privat

„Bereichernde Alternative“

SPD-Kreistags- und Landtagsabgeordnete sprachen mit Eltern und Rektor über etwaige IGS in Harpstedt

HARPSTEDT/LANDKREIS

„Wüssten die Eltern aus Wildeshausen, was hier für ein Schmuckstück steht, wären sicher viele Schüler aus der Kreisstadt bereit, hierher zu fahren“, urteilte die SPD-Kreistagsabgeordnete Hannelore Hunter-Rossmann, auch Mitglied des Stadtrates, mit Blick auf den hervorragenden Zustand und die bauliche Eignung der Haupt- und Realschule Harpstedt als Standort für eine mögliche IGS.

Nach einem ersten Besuch der Kreistagsfraktion vom Juli 2008 machten sich die Sozialdemokraten jüngst zusammen mit den Landtagsabgeordneten Renate Geuter und Axel Brammer erneut ein Bild vor Ort – wie jüngst auch Kreistags-FDP, -CDU und -Grüne (wir berichteten). Das Ergebnis dürfte die Harpstedter Elterninitiative, die sich für die Einrichtung

einer Integrierten Gesamtschule (IGS) einsetzt, in ihrem Kampf bestärkt haben. Volle Unterstützung im Namen der Wildeshauser SPD-Stadtratsfraktion sagte deren Vorsitzende Evelyn Goosmann zu: „Für das Gymnasium in Wildeshausen wäre die IGS in Harpstedt eine Entlastung, für die Schüler eine bereichernde Alternative“, urteilte sie. Die Wichtigkeit des Elternwillens hob der schulpolitische Sprecher der SPD und frühere Bürgermeister der Kreisstadt, Franz Duin, hervor: „Und ist diese Schule hier in Harpstedt auch noch so schön – wenn wir die geforderten Schülerzahlen nicht bekommen, wird die Landesregierung kein grünes Licht für die IGS geben“, gab er zu bedenken. „Die Kreistagsmitglieder wissen, dass hier mit

■ Initiative will Eltern wachrütteln

wenig investivem Aufwand eine IGS entstehen kann. Die Räumlichkeiten sind top. Eine Mensa ließe sich mit geringsten Mitteln realisieren. Jetzt werden wir die Eltern aus Wildeshausen, Dötlingen und Harpstedt so richtig wachrütteln“, gab sich die Haupt- und Realschul-Elternratsvorsitzende Tanja Koutianidis betont kämpferisch. Ihr nächstes Ziel und das ihrer Mitstreiter ist eine weitere Elternbefragung im „Südkreis“. Gut vorstellen könnte sich die Elterninitiative auch eine landkreisübergreifende Lösung, bei der Eltern aus Bassum die Möglichkeit erhielten, ihre Kinder für eine IGS in Harpstedt anzumelden.

Im Landkreis Oldenburg herrscht nach Einschätzung von Harpstedts Haupt- und Realschulrektor Wolfgang

Bleyer schulpolitische Ungerechtigkeit. „Bildungspolitisch konzentriert sich vieles auf den Norden. Der Süden hinkt hinterher. Das muss sich ändern“, forderte er.

Der Harpstedter Kreistagsabgeordnete Klaus Budzin brachte die existenzielle Bedeutung der IGS für den Schulstandort auf den Punkt. „Allen muss bewusst sein: Sollte hier in Harpstedt keine IGS eingerichtet werden, wird das Schulzentrum mittelfristig dicht machen.“

Samtgemeindebürgermeister Uwe Cordes, der ebenfalls an dem Ortstermin teilnahm und der Elterninitiative den Rücken stärkt, ergänzte: „Über die Auswirkungen für die Samtgemeinde, will ich gar nicht nachdenken.“

Die schwarz-gelbe Landesregierung in Hannover müsse ihre Zusagen erfüllen und

den ländlichen Raum gemäß Wahlkampfversprechen unterstützen, forderten SPD-Politiker, Elternvertreter und Verwaltungschef. Und dazu sei es erforderlich, die hohen Anforderungen für die Einrichtung einer IGS zu überarbeiten. Dies will im Übrigen auch das Volksbegehren für „gute Schule in Niedersachsen“ erreichen.

Die Listen, in die sich Bürger eintragen können, sind dank Unterstützung der Aktiven Werbegemeinschaft kürzlich in verschiedenen Harpstedter Geschäften ausgelegt worden. „Schule geht alle an, egal ob man Kinder im Kindergarten oder bereits Enkel hat. Ohne ein breites und gutes Bildungsangebot werden die weniger besiedelten Gemeinden das Nachsehen haben“, resümierten die Elternvertreter.